

Grundsteuer

Vorläufigkeitsvermerk für Messbescheide gefordert

Weitere Themen

DSTG fordert
mehr Personal
für zusätzliche
Aufgaben

Gerechte
Steuerpolitik
stärkt soziale
Chancen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

geht es Ihnen ähnlich wie mir, und Sie können das Wort „Grundsteuer“ schon gar nicht mehr hören? Ich fürchte, zu besonderer Beliebtheit wird es dieser Dauerbrenner nicht mehr bringen.

Die Steuerpflichtigen klagen über die komplizierte Erklärung und haben Angst vor steigenden Kosten.

Finanzminister weisen die Verantwortung für diese monströse Veranstaltung weit von sich, da es sich bei der Grundsteuerreform um eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts und nicht um eine Idee von Politikern handle.

Die Steuerverwaltung ächzt unter der zusätzlichen Arbeitslast und spürt die Wut der Bürger.

Und die Gerichte? Müssen bald wieder über die Grundsteuer befinden, weil erneut verfassungsrechtliche Bedenken gesehen werden.

350.000 Einsprüche gegen die neue Grundsteuer zählten die Finanzämter bis Anfang Februar, und im März wird es wohl eher eine halbe Million sein. Jeder einzelne Einspruch verursacht Erfassungsaufwand und muss irgendwann entschieden werden. Ein Aufwand, den wir uns in der angespannten Personallage nicht leisten sollten. Bereits vor Weihnachten habe ich daher in mehreren Medien frühzeitig auf einen Vorläufigkeitsvermerk in den Bescheiden gedrängt. Passiert ist seitdem leider nichts. Freilich ist es rechtlich mit dem § 165 AO nicht ganz einfach, aber wo ein Wille ...

Jetzt also startet ein neuer Versuch: eine gemeinsame Forderung mit anderen Verbänden (siehe Seite 8).

Manchmal frage ich mich, ob die knapp 15 Milliarden Euro jährlich von den Kommunen selbst nicht unbürokratischer einzuheben gewesen wären.

Doch diesen März gibt es hoffentlich auch Gutes zu verkünden: Die Tarifrunde des TVöD nähert sich ihrem Ende, und bald steht fest, wie viel mehr die Angestellten des Bundes im Lohnbeutel haben werden. Neben einer unmittelbaren Übertragung auf den Beamtenbereich hoffe ich auf eine kräftige lineare Erhöhung. Denn nur mit dieser und eben nicht mit einer – womöglich steuerfreien – Einmalzahlung können die realen Löhne und damit die Kaufkraft der Einkommen dauerhaft gesichert bleiben.

Doch es geht um noch mehr in dieser Lohnrunde: Es geht darum, was der Gesellschaft und der Politik ein guter, handlungsfähiger öffentlicher Dienst wert ist und wie man diesen als Arbeitgeber attraktiv hält.



Florian Köbler,
Bundsvorsitzender

Foto: Boris Trenkel

DSTG

Soziale Ungleichheit: Eine gerechte Steuerpolitik stärkt soziale Chancen	4
Gespräche ... mit MdB Alois Rainer, MdB Fritz Güntzler, Manfred Klar und Steffen Jahn	6
Plattformensteuertransparenzgesetz: Mehr Personal für zusätzliche Aufgaben nötig	7
Arbeitsentlastung für die Finanzämter: Vorläufigkeitsvermerk gefordert	8
Auftakt der Einkommensrunde 2023	9
Landeshauptvorstand der DSTG Bremen: Konstruktiver Austausch zu aktuellen Themen	10
UFE und CESI: Stellungnahme zum BEFIT-Vorschlag der Europäischen Kommission	11
DSTG-Bundesfrauenvertretung fordert regelmäßige Versorgungsauskunft: Lassen Sie uns über Ihre Versorgung reden!	12
Die Seniorenvertretungen der Landes- und Bezirksverbände – heute: Baden	13
DSTG-Seminare 2023	14
Nachgefragt bei ... Markus Plachta	15
Tauschcke	16

DBB

EINKOMMENSRUNDE 2023	
Mogelpackung verschärft Arbeitskampf	17
Bundesweite Warnstreiks und Proteste	18
NACHRICHTEN	22
MEINUNG	
Personalpolitik: Bewegt euch und gestaltet!	25
PERSONALPOLITIK	
Personalgewinnung in Zeiten des Fachkräftemangels: Organisationskultur und fähige Führungskräfte sind Schlüssel zum Erfolg	26
BEAMTENPOLITIK	
Novelle des Bundesdisziplingesetzes: Gesetzesänderung könnte Verfahren verlängern	28
EUROPA	
Europäische Antworten auf den Fachkräftemangel: Wenn die Ressource Mensch knapp wird	32
FRAUEN	
Arbeitsmarktpolitik: Potenziale der Frauen besser nutzen	34
ONLINE	
Clean IT: Mehr Energieeffizienz durch nachhaltige Entwicklung	35
VORGESTELLT	
Netzwerk Junge Bürgermeister*innen: Frischer Wind für die Kommunen	42
NACHGEFRAGT	
... bei Michael Salomo, Netzwerk Junge Bürgermeister*innen: Mit Tinder und Co. zum Recruiting-Erfolg	44
SENIOREN	
Gespräch mit der Bundespflegebeauftragten: „Pflege muss neu gedacht werden“	46